

JU-Chef warnt SPD: „Kann nicht angehen, dass verboten werden soll, üb...

Redaktion

Im Streit über das Rentenpaket wächst der Druck auf die Koalition. Nach mehreren Warnungen aus der SPD richtet nun auch die Junge Union deutliche Kritik an die Parteiführung der Sozialdemokraten. Der JU-Vorsitzende Johannes Winkel sagte der *Bild*: „Es kann nicht angehen, dass es frei gewählten Abgeordneten verboten werden soll, über einen Gesetzesvorschlag der Bundesregierung zu diskutieren und Änderungen vorzunehmen.“ Weiter erklärte er: „Die Abgeordneten haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, vorgelegte Gesetze zu prüfen, bevor sie sie beschließen.“

Hintergrund sind erhebliche Vorbehalte in der Unionsfraktion gegen die geplante Erhöhung des Rentenniveaus. Rund 40 Abgeordnete lehnen den aktuellen Entwurf ab. Ohne ihre Zustimmung hätte das Gesetz keine Mehrheit. Die Junge Gruppe verweist auf die finanziellen Folgen der vorgesehenen Haltelinie, die ein Rentenniveau von 48 Prozent bis mindestens 2031 sichern soll. Nach ihren Berechnungen entstehen dadurch Mehrkosten von 15 Milliarden Euro im Jahr gegenüber einer rückwirkenden Anwendung des Nachhaltigkeitsfaktors ab 2031.

SPD-Chefin und Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hatte zuvor den Unionsnachwuchs öffentlich aufgefordert, das Paket nicht zu blockieren. Sie sagte dem *Tagesspiegel*, sie würde es nicht verstehen, „wenn die Koalition an einem technischen Detail bei der Rente scheitert“. Von einem Scheitern profitiere allein die AfD. Bas verwies außerdem darauf, dass SPD-Abgeordnete unliebsame Regelungen wie beim Familiennachzug „aus Koalitionsräsön mitgetragen“ hätten; entsprechendes erwarte sie nun auch von der Union.

Winkel kritisiert diese Linie. Gegenüber der *Bild* warnte er: „Es wäre fatal, wenn die SPD die Union aus parteitaktischen Motiven in eine Abstimmung drängt, die scheitern kann.“ Die SPD mache damit aus einer inhaltlichen Frage eine politische Machtfrage, die für junge Menschen extrem relevant sei. Das mache ihm Sorgen.

Es gehe um langfristige Belastungen für die junge Generation und um die Frage, wann die Politik auf den demografischen Wandel reagiere. Rentner erwarteten auch in den 2030er-Jahren verlässliche Leistungen. Die junge Generation erwarte dagegen, „dass die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft endlich ernsthaft und ehrlich diskutiert werden, statt die offensichtlichen Belastungen immer weiter in die Zukunft zu verschieben“, sagte Winkel. Und weiter: „Die Mathematik sagt: Dem demografischen Wandel kann man nicht aus dem Weg gehen. Unser Grundgesetz sagt: Einer Diskussion im Bundestag darf man rechtlich nicht aus dem Weg gehen.“

Lesen Sie auch:





Aus der Jungen Gruppe heißt es, man lehne das Paket nicht ab, um die Koalition zu destabilisieren. Daniel Kölbl hatte im *Focus* erklärt: „Wir haben alle das Interesse daran, dass die Koalition weiter besteht, sie ist zum Erfolg verdammt.“ Wenn eine Einigung in diesem Jahr nicht gelinge, dann im nächsten: „Wir werden eine Einigung finden.“ Bundeskanzler Friedrich Merz zeigt sich bislang entschlossen, das Paket ohne Abstriche umzusetzen. Er sei überzeugt, dass „wir das gesamte Paket, so wie geplant, noch in diesem Jahr verabschieden werden“.

cm
